Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

601

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gesellschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sturm" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-N., Güterbahnhofstraße 2, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 13 533 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die viermal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 90 Goldpfennige für die Reklamezeile einschließlich an den vorgeschriebenen Textstellen ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang — Dresden, Donnerstag, den 17. September 1925 — Nummer 133

Linke Sozialdemokraten gegen den Sicherheitspakt

„Schmutzige Demagogie" auf dem Heidelberger Parteitag — Die christlichen Eisenbahner gegen den Dawesplan Riesenstreik in Indien — Neue Vorstöße Abd el Krims

Auf dem Heidelberger Parteitage der SPD. wurde von dem Delegierten Loeb (ehemaligen Präsident der Thüringer Staatsbank) folgender Antrag der Frankfurter Organisation begründet:

„Die Sozialdemokratie und alle Parteiinstanzen sind **verpflichtet, jeder Außenpolitik die Unterstützung zu versagen, welche die deutsche Republik in Gefahr bringen kann, in erneute kriegerische Verwicklungen hineinbezogen zu werden.**

Das gilt sowohl hinsichtlich des von der heutigen konservativen **englischen** Regierung gewünschten **antirussischen Kurses,** als auch für die im Stresemannschen **Sicherheitspakt verborgene Gefahr der Verwicklungen in den östlichen Grenzstaaten;** das gleiche gilt hinsichtlich der imperialistischen (!), gegen Westeuropa gerichteten außenpolitischen **offensiven** (!?) Tendenzen **Sowjetrußlands** (!).

Der **Sicherheitspakt** darf daher von der Sozialdemokratie nur angenommen werden, wenn er gleichzeitig den Weg zu einer **positiven Ostpolitik beschreitet.**

Die Sozialdemokratie hat aber in **wirtschaftlicher** Hinsicht **weitgehende Handelsverträge mit Rußland zu verlangen. Rußland bildet nach seiner geographischen Lage,** insbesondere aber als **Agrar-Ueberschußgebiet** für das übervölkerte industrielle Deutschland **einen Vertragskontrahenten, wie er natürlicher nicht gefunden werden kann."**

Daß ein solcher Antrag auf dem Parteitage der Reformisten erscheint, ist bezeichnend. Die offizielle Führung der deutschen Sozialdemokratie marschiert mit ihrer schamlosen Hetze gegen Sowjetrußland an der Spitze der antibolschewistischen Front. Sie ist der lauteste Trommler für den Garantiepakt.

Anders als die Führer der deutschen Sozialdemokratie denken die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter, bei denen sich, wie auch in allen übrigen Ländern, eine **Welle steigender Sympathien für Sowjetrußland** und der Wille zum **Zusammenschluß mit den russischen Arbeitern,** der Wille zur entschlossenen Abwehr aller imperialistischen Anschläge gegen den Arbeiter- und Bauernstaat bemerkbar macht.

Dieser Frankfurter Antrag ist von großer Bedeutung. Die linken Sozialdemokraten waren bisher ganz besonders von der pazifistischen Illusion der Völkerbundsschwärmerei erfüllt. Jetzt beginnt bei ihnen unter dem Eindruck der Rußlanddelegationen ein gewisser Umschwung. Es wächst das Verständnis und die Sympathie für Sowjetrußland, daß die Westorientierung eine große Gefahr für das deutsche Proletariat bedeutet. Die linken sozialdemokratischen Führer beginnen nun, sich langsam der Neuorientierung ihrer Anhänger anzupassen, um deren gesteigerte Sympathie für die Kommunisten rechtzeitig abbiegen zu können.

Auch bei den christlichen Arbeitern beginnt der Widerstand gegen die Westorientierung. So hat sich

der christliche Eisenbahnerverband gegen den Sicherheitspakt

erklärt, weil Deutschland dadurch in die Gefahr kommt, Etappengebiet für einen künftigen Krieg der **Entente gegen Rußland** zu werden. Das sei eine besondere Gefährdung der deutschen Eisenbahner. An einer anderen Stelle bringen wir heute eine Meldung, daß die christlichen Gewerkschaften auf ihrem Kongreß in Breslau erklärten, daß durch den **Dawesplan** die deutschen Arbeiter zu **dem Packesel** gemacht werden, der **die Lasten des kapitalistischen** Wiederaufbaues tragen soll.

In dem Antrag der Frankfurter Parteiorganisation der Sozialdemokratie offenbart sich aber zugleich der **konterrevolutionäre** Charakter der „linken" Führer. Es wird darin von den **„imperialistischen, offensiven** Tendenzen" **Sowjetrußlands** gesprochen. Es ist die erbärmliche Theorie Otto Bauers, die uns aus diesem Antrag entgegenschallt, daß angeblich auch von Sowjetrußland her uns Krieg drohe. Das ist vollendeter Wahnsinn. Sowjetrußland will **friedlichen Aufbau,** es braucht keinen Krieg. Das verlogene Geschwätz von dem „sowjetrussischen Imperialismus" läuft letzten Endes auf eine **Rechtfertigung der Kriegsvorbereitungen** der Kapitalsmächte gegen Sowjetrußland.

Die deutschen Arbeiter werden diese verschleierte Hetze gegen die russischen Arbeiter und Bauern zurückweisen. Die deutschen Arbeiter wollen

wirkliche Freundschaft mit ihren russischen Brüdern

ohne Hintergedanken und ohne Halbheiten. Sie wissen, daß nicht gegen, sondern nur im engsten Bündnis mit Sowjetrußland ein neuer imperialistischer Krieg wird verhindert werden können.

Darum wird das deutsche Proletariat in seinem besten Teile den Garantiepakt unbedingt und unter allen Umständen ablehnen.

Die Niederlage der „Linken" in Heidelberg

Die Erhaltung des kapitalistischen Staates die gemeinsame Plattform

Die „linken" Sendboten der Sozialdemokratischen Partei Sachsens zogen mit großen Siegeshoffnungen nach Heidelberg. Triumphierend verkündeten sie nach ihren Konferenzen in den sächsischen Bezirken, daß jetzt ihre Stunde geschlagen, daß der Parteivorstand die „Linken" jetzt decke, daß Süddeutschland sich um sie schare, und daß der Parteivorstand jetzt ihre Politik mache. Mit den Phrasen der Schwenkung der sozialdemokratischen Politik hielt man noch eine Anzahl Arbeiter bei der Stange.

Doch kaum ist die erste Schlacht geschlagen, da müssen die Hoffnungen der an die „Linken" glaubenden Arbeiter wie Seifenblasen zerplatzen. Die „Linken" stehen ohne politische Plattform, ohne Halt und fast vollständig isoliert auf dem Parteitag. Süddeutschland macht nicht mit. Der Parteivorstand deckt die Haltung der 23, so daß Lipinski nur noch zu stammeln vermag: „Am 4. Januar wurde die Große Koalition geschlossen. Heute endlich hat sich der Parteivorstand durch Stelling dazu bekannt, die Anweisung dazu gegeben zu haben. Der Konflikt in Sachsen ist deshalb so scharf geworden, **weil man der Organisation in Sachsen keine Mitteilung davon gemacht hat."**

Hier spricht Lipinski ganz offen aus, daß sie mit den Arbeitern, die auf die Taktik der „Linken" ihre Hoffnung gesetzt, nur elende Komödie spielen. Daß die „Linken", wie wir das den Arbeitern schon oft genug gesagt haben, gar nicht daran denken, eine andere Politik zu betreiben wie die Wels, Stelling und Konsorten. Daß sie nur — armselige Schächer, wie sie eben sind — das betrügerische Oppositionsmanöver des Parteivorstandes falsch verstanden haben. Jetzt werden sie auf dem Parteitag — traurige Opfer ihrer Naivität — grausam, gründlich verhöhnt. Wie wenig ernst man die „Linken" nahm, zeigte ein Artikel des „Vorwärts", in dem der Sachsenkonflikt als eine politische Krähwinkelei abgetan wurde. Als Lipinski gegen diese Behandlung „Protest" einlegte, wurde ihm von einem Berliner Delegierten zugerufen: „Blamier doch nicht die Sachsen!" Der ganze Parteitag antwortete darauf mit einem stürmischen Gelächter. Die Sozialdemokratie in Heidelberg denkt nicht daran, den „Linken" auch nur einen Schritt zu folgen, sie kämpft um eine Beteiligung in einer Regierung mit den Deutschnationalen. Was können die „Linken" diesem konkreten Streben entgegensetzen? Angesichts solcher Tatsachen ist es erklärlich, wenn die „Dr. V." von dem Hauptredner der „Linken" schreiben muß: „Er (Lipinski. D. R.) hätte nach unserer Auffassung durchaus nicht notwendig gehabt, Beihke auf diesen verschlungenen Pfaden politischer Details zu folgen. Unverrückbar hätte im Zenit dieser Rede das Primäre gröblich verletzten Parteirechts mit all seinen Konsequenzen stehen müssen. **Die sächsische Parteiorganisation ist doch gewiß nicht Beklagte, sondern Anklägerin in diesem Konflikt."**

Die „Dr. V." gibt also schon zu, die „Linken", die ausgezogen, die Partei zu „erobern", befinden sich von vornherein in Verteidigung. Sie jammert dann auch: **„Nach Stellings Rede sind die Organisationsvertreter fast allein die Sündenböcke, die einer Erledigung des Konflikts immer neue Schwierigkeiten bereiteten."** Und weiter: „Sehr robust polemisierte Stelling auch gegen Frankfurt im Zusammenhang mit der Barmathetze." Die „Linken", die von Vorstand und Parteitag Unterstützung erhofften, werden heruntergeputzt wie dumme Jungen. Dafür verteidigt Stelling den Schieberfreund Heilmann mit viel Energie.

Wie kann es auch anders sein. Wenn man Anschluß an die Deutschnationalen sucht, kann man die „linke Opposition" nicht mehr gebrauchen. Sehr geschickt war es deswegen sicherlich von Beihke, wenn er in den Vordergrund der Auseinandersetzungen die Frage der **Erhaltung des jetzigen Staates** setzte. Damit kam er dem Parteivorstand und der Mehrheit des Parteitages entgegen. Beihke erklärte:

„Der Kern des Streites ist die große Frage: Staatsbejahung oder Staatsverneinung! Wir Schöpfer der Republik wollen sie nicht in den Händen derer lassen, die sie benutzen, um sie zu zertrampeln. Auf der anderen Seite wird gesagt: Jedes Paktieren mit dem Bürgertum zwecks Erhaltung der Republik ist eine Todsünde am klassenkämpferischen Geist und führt zur Verjumpfung."

Hier liegt wirklich die Kernfrage, die von den Arbeitern beachtet werden muß. Was bedeutet die Erhaltung des Staates nach Beihke? Nun, nicht mehr und nicht

Der Internationale Bergarbeiterkongreß

Brüssel, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Gestern trat der internationale Bergarbeiterkongreß zusammen, der sich mit der Entsendung einer Rußlanddelegation beschäftigte. Auf der Tagesordnung standen ferner die Frage der internationalen Solidarität im Falle eines Generalstreiks. Die englischen Delegierten wünschten eine Erklärung darüber, welche Hilfe sie im Falle eines Bergarbeiterstreiks von auswärts erwarten könnten.

Die schlesischen Bergarbeiter sollen weiter hungern

Breslau, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Schiedsspruch für den Waldenburger Bergbau, der eine 7prozentige Lohnerhöhung vorsieht, ist von den **Arbeitgebern** abgelehnt worden. Im Waldenburger Revier sind die elendesten Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die Packesel der Daweslasten

Breslau, den 17. September. In seiner Eröffnungsrede auf dem augenblicklich in Breslau tagenden Gewerkschaftskongreß christlicher Eisenbahner erklärte der Vorsitzende Gutscho, daß die Eisenbahner durch das Dawesabkommen zu Packeseln gemacht würden und daß sie einen unerhört hohen Teil der Lasten zu tragen haben.

Der Streik der englischen Seeleute geht weiter

Trotz draconischer Maßnahmen der Gerichte halten die Seeleute in Australien, Neuseeland und Südafrika im Streik aus. Die englischen Schiffahrtsgesellschaften wollen einen Teil der Linien wegen Unrentabilität stillegen.

Parteitag der englischen Labour Party

In Liverpool tritt am 29. September der Parteitag der englischen Labour Party zusammen. Eine ganze Anzahl Organisationen haben Anträge gestellt, in denen Aufnahme der KP. Englands in die Arbeiterpartei gefordert wird. Andere Entschließungen verurteilen den Dawespakt und fordern seine Annullierung.

Die SPD. für die Zollräuber

Bei der Beratung des Staatshaushalts im Preußischen Landtagsausschuß am 7. September erklärte der sozialdemokratische Landwirtschaft in ihrer Notlage zu helfen. Barmat-Heilmann Ministerpräsident Braun, daß die Zölle nicht geeignet seien, der ergänzte dies mit dem Hinweis: „Der Zoll helfe der **Landwirt**schaft nichts, er komme lediglich den Händlern zugute." Herr Heilmann und Braun macht dabei keinen Unterschied zwischen Großbauer und Junker und Kleinbauer anderseits. Also, der Großgrundbesitzer und Großbauer hat von den Zöllen nichts, man muß auf andere Weise seiner „Notlage" steuern. Daher die Zustimmung der Sozialdemokraten in der preußischen Regierung zu den Einfuhrscheinen.

Der Kampf der Arbeiterschaft gegen die agrar-kapitalistischen Wucherer ist der SPD. schon unbequem. Um sich koalitionsfähig bei den Herren Schiele, Schlieben zu erweisen, stellen sie sich schützend vor die agrar-kapitalistischen Zollräuber und stimmen in deren Geschrei ein, daß allein der Handel an allem schuld sei. Gewiß ist der Großhandel an der gegenwärtigen Teuerung nicht minder schuldig als die Agrarkapitalisten, die Arbeiterschaft muß deshalb gegen die ganze kapitalistische Sippe kämpfen und da sich die SPD. nun nicht allein vor die Industriekapitalisten, sondern auch vor die Agrarkapitalisten schützend stellt, gilt es, der sozialdemokratischen Führerschaft ihre arbeiterfeindliche Politik unmöglich zu machen.

Der Freidenkersekretär Wolf verhaftet

Leipzig, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Sozialdemokrat und österreich. Sekretär der proletarischen Freidenker, Karl Otto Wolf, wurde wegen einer Broschüre „Krieg dem Krieg", die bereits beschlagnahmt war, verhaftet.

Attentat auf den sowjetrussischen Handelsvertreter

Wilna, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Minsk wird gemeldet, daß der Expreßzug Orsha-Minsk von unbekannten Tätern angehalten wurde, die in das Abteil drangen, in dem der sowjetrussische Delegierte Salimnow von der Handelsmission in Berlin saß. Sie versuchten ihn zu überwältigen. Als Salimnow einige Revolverschüsse abgab, flüchteten die Täter. Es handelt sich um ein diplomatisches Attentat.